

Das Studenten gegen Professoren protestieren, ist keine neuere Erscheinung. Derartiges betraf im Jahre 1969 selbst den linken Vordenker Theodor W. Adorno, als 76 Studenten kurzerhand das Frankfurter Institut für Sozialforschung besetzten. Ihr Ziel: andere Lehrinhalte, andere Formen des Studiums. Im Vordergrund stand schon damals nicht das bessere Argument, sondern öffentlicher und sozialer Druck. Genau genommen verdankt die Bundesrepublik auch solchen kritischen Impulsen ihre gegenwärtige Gestalt.

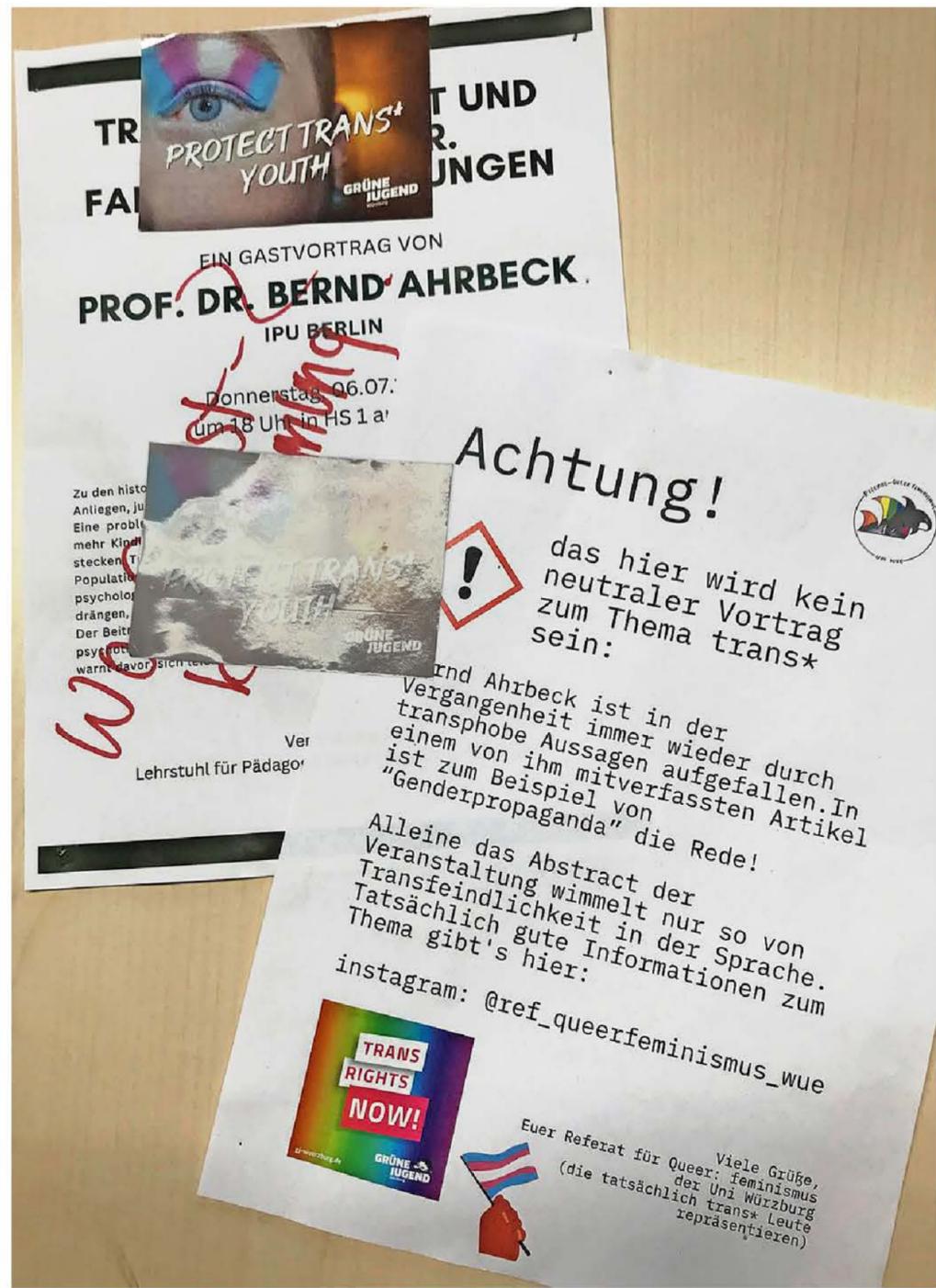
Eigentlich sollte der emeritierte Sonderpädagoge Bernd Ahrbeck an diesem Donnerstag an der Universität Würzburg über „Transsexualität und Transgender“ öffentlich vortragen. Dazu kommt es nun nicht. Hintergrund ist eine Protestwelle von studentischer Seite, die sich sowohl gegen Inhalt als auch Person richtet. Der Veranstalter Stephan Ellinger berichtet, innerhalb kürzester Zeit nach Ankündigung des Vortrags habe sich lautstarker Protest erhoben. Es sei zu Protestschreiben und der Beschädigung der Veranstaltungsplakate gekommen. Drei Akteure taten sich dabei besonders hervor: die örtliche grüne Hochschulgruppe, das Referat Queer:feminismus der Studentenvertretung und der studentische Senator Philip-Daniel Schmoll.

Sie alle tragen in der Sache dasselbe vor. Ahrbeck befleißige sich „rechtspopulistischer Sprache“ und tätige „queerfeindliche Aussagen“. Die Konsequenz liegt für Senator Schmoll auf der Hand: Diesem Mann dürfe an der Universität Würzburg „keine Bühne geboten werden, um solche Aussagen zu verbreiten“. Daher müsse Ellinger die Veranstaltung absagen. Seine rigorose Forderung begründet Schmoll mit einem Artikel auf der von der Amadeu-Antonio-Stiftung betriebenen Plattform Belltower. In diesem setzt sich ein Autor mit einem Gastbeitrag Ahrbecks auseinander, den dieser im Jahre 2020 für die F.A.Z. geschrieben hatte. Ahrbeck warnte damals vor einem allzu leichtfertigen Umgang mit der Genderdebatte im Falle kleiner Kinder. Dass sich Sechsjährige kompetent eine beliebige geschlechtliche Identität zulegen können, hält er jedenfalls für eine Illusion. Der heutige Professor für Psychoanalytische Pädagogik warnt vielmehr in diesen Fällen vor massiven psychischen Schäden. Das ist letztlich

Der Mut der Professoren

Warum Bernd Ahrbeck nicht reden durfte

Von Mathias Brodkorb



Überklebtes Vortragsplakat: Sachlicher Diskurs ist unerwünscht. Foto privat

der Kern der Debatte und der Grund für die Vorwürfe von Rechtspopulismus bis Queerfeindlichkeit. Für Ahrbeck war all das genug, um den öffentlichen Vortrag abzusagen. Er habe bei anderen Kollegen bereits mitverfolgt, wie sehr die Lage in solchen Fällen eskalieren könne. Er habe keine Lust und es auch nicht nötig, im akademischen Rahmen als „Nazi“ tituiert oder „niedergebrüllt“ zu werden.

Als Stephan Ellinger die Kritiker Ahrbecks zu einem vermittelnden Gespräch einlädt, steht dies alles bereits fest. Er bemüht sich nach eigenen Angaben dennoch weiter um Verständigung, vielleicht laufe es in künftigen Fällen einfach besser. Am Ende kommt es zwischen den Beteiligten sogar zu der losen Verständigung, das Thema in gemeinsamen Veranstaltungen nach akademischer Sitte kontrovers zu diskutieren. Das bestätigen auch zwei Mitglieder des studentischen Queer-Referats, die nicht namentlich genannt werden wollen, in einem Mail, das sie nach dem Gespräch an einen großen Verteiler schicken. Nur eines irritiert: Sie bestreiten darin plötzlich, sie hätten „Zensur“ ausüben wollen. Für sie sei es vielmehr selbstverständlich, dass zur Wahrung der Meinungsfreiheit unterschiedliche Positionen „unabdingbar“ seien.

Vereinbar mit den Tatsachen ist das allerdings nicht. Schwarz auf weiß hatte das Queer-Referat ursprünglich die „Absage“ der Veranstaltung gefordert. Hierauf angesprochen, wollen die studentischen Aktivisten von einem Widerspruch nichts wissen. Es habe „nichts mit Zensur zu tun“, wenn es zur Absage einer Veranstaltung komme. Jeder könne ja stattdessen einfach Ahrbecks Bücher lesen. Eines sei außerdem klar: Zur Mitwirkung an einer Veranstaltung, auf der auch Ahrbeck sprechen dürfe, sei man „nicht bereit“. Ellingers Eindruck, das von ihm angeregte Gespräch habe zur Deeskalation der Lage beigetragen, entpuppt sich als Illusion.

Die Würzburger Vorgänge haben auch das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ alarmiert. In ihm sind mehr als 750 deutsche Hochschullehrer organisiert. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Bedrängnis geratenen Kollegen zu Hilfe zu eilen. Dessen Sprecherin, Sandra Kostner, hat sich deshalb in einem Schreiben an den Universitätspräsidenten Paul Pauli gewandt und ihn aufgefordert, diesen „Angriff“ auf die Wissenschaftsfreiheit „un-

missverständlich und öffentlich“ zurückzuweisen. Das Grundrecht auf Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht nur ein Abwehrrecht gegen den Staat, sondern auch ein Gewährleistungsrecht. Der Staat hat mithin Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit nicht nur zu unterlassen, sondern auch abzuwehren. Und an einer Universität obliegt diese Aufgabe in erster Linie der Hochschulleitung.

Präsident Pauli will allerdings erst zu Beginn dieser Woche von der Angelegenheit erfahren haben. Auch Stephan Ellinger bestätigt, die Hochschulleitung nicht eingeschaltet zu haben. Er habe stattdessen eben das Gespräch mit den Studenten gesucht. Auch deshalb hält es Sandra Kostner für sinnvoll, dass jede deutsche Hochschule dem Hamburger Vorbild folgt und einen „Kodex Wissenschaftsfreiheit“ in Kraft setzt. Die Hamburger Universität entschloss sich zu diesem Schritt, nachdem die Wiederkehr von Bernd Lucke auf dessen Lehrstuhl zu massiven Studentenprotesten geführt hatte. Stephan Ellinger unterstützt Kostners Vorschlag ausdrücklich. „Wenigstens eine Art Handreichung“ im Umgang mit solchen Vorgängen wünscht er sich. Präsident Pauli lässt auf Nachfrage mitteilen, dass dies „nach genauer Analyse der Vorgänge und Gesprächen mit den Betroffenen und Beteiligten“ in der Universität diskutiert werden solle.

Ellinger und Ahrbeck haben sich am Ende dazu entschieden, die Veranstaltung doch noch durchzuführen. Der Vortrag wird allerdings nicht mehr öffentlich, sondern als Privatissimum stattfinden. So soll der Wissenschaftsfreiheit zumindest noch im Geheimen die Ehre erwiesen werden. Der linke Professor Adorno griff da noch zu robusteren Werkzeugen. Er erstattete seinerzeit gegen die 76 Besetzer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und ließ sein Institutsgebäude kurzerhand von der Polizei räumen. Präsident Pauli will unterdessen immerhin prüfen lassen, ob der studentische Senator Schmoll seine Rechtspflichten verletzt hat. Der Senat ist letztlich so etwas wie die gesetzgebende Versammlung der Universität Würzburg, und dessen Mitglieder haben sich daher selbst an geltendes Recht zu halten.

Der Autor ist freier Publizist und war Finanz- und Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern.